

Die Wende in der Zeitenwende?

Die ukrainische Offensive, Putins Optionen und die Antworten des Westens

Von **Wolfgang Zellner**

Mit der weitgehenden Befreiung der Region Charkiw Anfang September ist der Ukrainekrieg militärisch und politisch in eine neue Phase getreten. Zum ersten Mal haben die ukrainischen Streitkräfte die militärische Initiative übernommen und in kurzer Zeit relevante Geländegewinne erzielt. Die Verlegung russischer Einheiten an die ebenfalls umkämpfte Südfrent, schlechte Aufklärung, Führung und Moral auf russischer Seite sowie westliche Waffen für die ukrainischen Streitkräfte haben zu diesem Ergebnis beigetragen. Bei ihrer schon panikartigen Flucht, offiziell „Umgruppierung“ genannt, haben die russischen Truppen eine erhebliche Menge an intaktem Gerät hinterlassen. Anfang Oktober erzielte die Ukraine weitere Gebietsgewinne, eroberte die strategisch wichtige Stadt Lyman und weitere Orte in den Oblasten Luhansk und Donezk zurück und rückte im Süden gegen Cherson vor, während russische Streitkräfte die Stadt Bachmut im Bezirk Donezk bedrängten. Am 7. Oktober wurde die Krimbrücke durch einen Anschlag beschädigt. Dennoch sah der ehemalige Nato-General Egon Ramms keine Wende im Krieg: „Die Russen haben noch genügend Kräfte in der Ukraine.“¹ Präsident Putin antwortete auf die Niederlagen mit der Ankündigung einer „Teilmobilisierung“, erneuten Nukleardrohungen, der Annektierung der vier Oblaste Cherson, Saporischschja, Donezk und Luhansk, massiven Luftschlägen auf zivile Infrastruktur-Ziele in der ganzen Ukraine, und – vermutlich – Anschlägen auf die Pipelines Nordstream 1 und 2. Zusammen haben diese Ereignisse das Eskalationsniveau substanziell ansteigen lassen.

In Russland führten die Niederlagen von Charkiw und Lyman und die Teilmobilisierung (in westlichen Medien wurde ein Umfang von 300 000 Mann genannt) zu erheblichen Verwerfungen, die die Grundlagen von Putins Herrschaft untergraben, auch wenn sie diese noch lange nicht unmittelbar gefährden. Politisch scheiterte mit dem Debakel von Charkiw Putins Kalkül, die „Spezialoperation“ möglichst ohne Auswirkungen auf die russische Gesellschaft durchzuführen. Das ursprünglich intendierte Blitzkriegsszenario „hätte sowohl die Ultra-Patrioten als auch die schweigende Mehrheit zufrieden gestellt. [...] Stattdessen ging das Kämpfen weiter und russische

1 Ex-Nato-General Egon Ramms sieht noch keinen Wendepunkt im Krieg, www.spiegel.de, 6.10.2022.

Truppen mussten sich sogar zurückziehen; dies beendete die ad hoc-Allianz zwischen den Ultra-Patrioten und den normalen Russen.“² Damit vertiefen sich die Widersprüche zwischen den Ultranationalisten, die auf einen totalen Krieg setzen, und der schweigenden Mehrheit, die die „Spezialoperation“ nur so lange hinnahm, als sie nichts damit zu tun hatte.

Putins Agieren aus der Defensive

Gleichzeitig haben der Kreml und das russische Verteidigungsministerium die Informationskontrolle über den Krieg verloren. Bis Charkiw hatte man niemals Niederlagen eingeräumt und stets betont, dass die „Spezialoperation“ nach Plan verlaufe. Zwar hatten Militär-Blogger auf Telegram-Kanälen über den wahren Kriegsverlauf berichtet, aber diese Informationen erreichten nicht die breite Öffentlichkeit. Das änderte sich nach dem Fall von Lyman, als Tschetschenen-Führer Kadyrow und der Chef der Wagner-Miliz, Prigoshin, den Chef des Zentralen Militärdistrikts, General Lapin, und den Chef des Generalstabs, General Gerassimow, anklagten, nicht genug getan zu haben, um Lyman zu halten. Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der Duma, Kartapolow, griff das Verteidigungsministerium an, dieses müsse aufhören zu lügen. Diese Kritiken erreichten über das Fernsehen das allgemeine Publikum und machten eine Spaltung innerhalb der Sicherheitskräfte deutlich. Putin sah sich genötigt zu laviieren, beförderte Kadyrow zum Generaloberst und ließ den Beitrag von Prigoshin loben. Stunden nach dem Anschlag auf die Krimbrücke, für den der Kreml die Ukraine verantwortlich machte, und gleichzeitig mit dem Beginn der Luftangriffe ernannte Putin unter dem Beifall der Nationalisten den aus dem Syrienkrieg für seine Brutalität bekannten General Surowikin zum neuen Kommandeur der russischen Streitkräfte in der Ukraine.³ Dies kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass Putin nicht nur die Kontrolle über die Kriegsberichterstattung, sondern auch über die Sicherheitskräfte ein gutes Stück entglitten ist. Gleichzeitig ist der Krieg in der Mitte der russischen Gesellschaft angekommen.⁴

Präsident Putin operiert nun eindeutig aus der Defensive, verfügt aber durchaus noch über eine Reihe von Optionen: Erstens soll durch die „Teilmobilisierung“ die prekäre Personalsituation der russischen Streitkräfte verbessert werden. Zweitens will Putin mit nuklearen Drohungen den Westen von der weiteren Unterstützung der Ukraine abhalten. Drittens soll die Zerstörung der zivilen Infrastruktur der Ukraine deren Bevölkerung zermürben

2 Andrey Pertsev, Kremlin Must Placate Its Supporters Amid Outrage over Kharkiv Retreat, Carnegie Endowment for International Peace, www.carnegieendowment.org, 13.9.2022 [Übersetzung englischsprachiger Quellen durch den Autor].

3 Vgl. Michael Schwirtz und Andrew E. Kramer, In blow to Putin, explosion damages Crimea bridge, in: „New York Times“, 10.10.2022.

4 Dieser Absatz stützt sich auf: Kateryna Stepanenko und Frederick W. Kagan, Russian Offensive Campaign Assessment. Special Edition on Changes in the Russian Information Space Following the Defeat in Lyman, Institute for the Study of War, www.understandingwar.org, 2.10.2022; Karolina Hird, Frederick W. Kagan u.a., Russian Offensive Campaign Assessment, Institute for the Study of War, www.understandingwar.org, 5.10.2022.

und eine neue Fluchtwelle gen Westen auslösen. Und schließlich eröffnen viertens Sabotageakte gegen westliche Infrastrukturen eine neue Dimension hybrider Kriegsführung.

Erste Option: Eskalation durch »Teilmobilisierung«

Zu Option 1: Am 21. September 2022 verkündete Präsident Putin eine „Teilmobilisierung in der Russischen Föderation, um unser Vaterland und seine Souveränität und territoriale Integrität zu verteidigen, und die Sicherheit unseres Volkes und der Bevölkerung in den befreiten Gebieten sicherzustellen“. Eingezogen werden sollten gediente Reservisten mit militärischer Erfahrung. In einem Dekret vom 24. September ordnete Putin an, dass Studierende ausgenommen werden sollten.⁵ Die Mobilisierung verlief jedoch chaotisch, teils wurden ausgeschlossene Personenkategorien einberufen und am 25. September kam es an mindestens 35 Orten zu Protesten.⁶ Seit der Verkündigung der Teilmobilisierung haben „mindestens 200 000 Russen“⁷, vorwiegend junge Männer, das Land verlassen, überwiegend in Richtung Georgien, Kasachstan und Usbekistan. Am 29. September sah sich Putin genötigt, Fehler einzugestehen, und forderte deren Behebung.⁸ Am 14. Oktober bemerkte Putin, die Teilmobilisierung werde binnen zwei Wochen abgeschlossen sein. Allerdings steht zum 1. November die reguläre Einberufung von rund 120 000 Wehrpflichtigen an. Diese dürfen zwar nicht im Ausland eingesetzt werden, wohl aber in den annektierten vier Oblasten, die nun aus russischer Sicht zu Russland gehören.⁹ Bereits am 7. Oktober hatten sich die Präsidenten von Belarus und Russland, Lukaschenko und Putin, darauf geeinigt, eine gemeinsame Streitkräftegruppe von über 1000 Mann aufzustellen, die jedoch nach Ansicht westlicher Experten kaum einen Angriff auf die Ukraine ausführen könnte.¹⁰

Politisch fiel auf, dass Putin die Mobilisierung als Akt der Verteidigung Russlands und der am 30. September annektierten vier Regionen darstellte, deren Territorium Russland aber nur teilweise kontrolliert. Ein Angriff auf diese wäre aus russischer Sicht also ein Angriff auf Russland selbst. Militärisch steht den russischen Streitkräften kurz- und mittelfristig erheblich mehr Personal zur Verfügung, wie schlecht ausgerüstet und ausgebildet dieses auch immer sein mag. Kurzfristig mag die Mobilisierung wohl eher

5 President of Russia, Executive Order on partial mobilisation in the Russian Federation. The President signed Executive Order on Declaring Partial Mobilisation in the Russian Federation, en.kremlin.ru, 21.9.2022; ders., Executive Order on Deferment of Conscription for Military Service during Mobilisation. The President signed Executive Order on Deferment of Conscription for Military Service during Mobilisation, en.kremlin.ru, 24.9.2022.

6 Vgl. Stepanenko/Kagan u.a., a.a.O., Fußnote 4.

7 Ksenia Ivanova und Catherine Porter, Grim flights from Russia, in: „New York Times“, 5.10.2022.

8 Vgl. President of Russia, Meeting with permanent members of the Security Council. The President held a briefing session with the permanent members of the Security Council via videoconference, en.kremlin.ru, 29.9.2022.

9 Vgl. Karolina Hird, Katherine Lawlor u.a., Russian Offensive Campaign Assessment, Institute for the Study of War, www.understandingwar.org, 14.10.2022.

10 Vgl. Kateryna Stepanenko, George Barros u.a., Russian Offensive Campaign Assessment, Institute for the Study of War, www.understandingwar.org, 10.10.2022.

geringere Auswirkungen haben, ausgedünnte Einheiten werden aufgefüllt, möglicherweise die russische Defensive stabilisiert. Der mittelfristige Erfolg hängt von einer Reihe von Faktoren ab (Ausbildung, Gerät) und wird erst in Monaten sichtbar werden.

Zweite Option: Eskalation durch Nukleardrohungen

Option 2: Putin verband sein Mobilisierungsdekret vom 21. September mit unverhohlenen Nukleardrohungen: „Im Falle einer Bedrohung der territorialen Integrität unseres Landes und um Russland und unser Volk zu verteidigen, werden wir sicherlich alle Waffensysteme nutzen, die wir haben. Das ist kein Bluff.“¹¹ Zum russischen Territorium zählen aus Sicht des Kremls nun auch die vier annektierten Oblaste. Damit wird die westliche Strategie untergraben, einerseits die Ukraine mit Waffen zu unterstützen, sich andererseits aber aus dem Konflikt herauszuhalten und Russland nicht anzugreifen, um einen „Dritten Weltkrieg“ (Biden) zu verhindern. Bemerkenswert ist, dass die russischen Nukleardrohungen immer nach konventionellen Niederlagen der russischen Streitkräfte ausgesprochen werden, also im April 2022 nach dem Rückzug von Kiew und eben jetzt nach den Niederlagen von Charkiw und Lyman.¹² Damit deutet sich ein verhängnisvolles Muster an: Je schlechter Russland auf konventioneller Ebene steht, desto mehr werden nukleare Optionen ins Spiel gebracht. Ob Putin tatsächlich den Einsatz von Nuklearwaffen erwägt, kann niemand wissen. Auffällig ist jedoch, dass die US-Führung ihn im September mehrfach öffentlich und über diplomatische Kanäle warnte. Präsident Biden sprach von der Gefahr eines „Armageddon“, sollte Russland Nuklearwaffen einsetzen. US-Sicherheitsberater Jack Sullivan sagte, die US-Regierung habe ihre Warnungen gegenüber dem Kreml „direkt, privat und auf höchster Ebene“ kommuniziert.¹³

In diesem Fall hätten die USA – und niemand sonst würde entscheiden – ihrerseits drei Optionen: „Die Vereinigten Staaten könnten eine nukleare Detonation rhetorisch verurteilen, aber militärisch nichts unternehmen. Sie könnten selbst nukleare Waffen einsetzen. Oder sie könnten von einem nuklearen Gegenangriff absehen, aber mit großangelegten Luftschlägen und der Mobilisierung von Bodentruppen in den Krieg eintreten. All diese Alternativen sind schlecht [...]. Eine konventionelle Kriegsantwort ist die am wenigsten schlechteste, weil sie die höheren Risiken der schwächeren und der stärkeren Optionen vermeidet.“¹⁴

Käme es zu einer solchen, bislang unvorstellbaren, Eskalation, würden Entscheidungen rasch fallen, und Deutschlands Meinung wäre nicht aus-

11 President of Russia, Executive Order on partial mobilisation in the Russian Federation, en.kremlin.ru, 21.9.2022.

12 Vgl. Tatiana Stanovaya, Putin's Apocalyptic End Game in Ukraine. Annexation and Mobilization Make Nuclear War More Likely, in: „Foreign Affairs“, www.foreignaffairs.com, 6.10.2022.

13 Vgl. Vladimir Frolov, Strategic Procrastination: What's Russia's Game with Nuclear Signaling?, Carnegie Endowment for International Peace, www.carnegieendowment.org, 11.10.2022.

14 Richard K. Betts, Thinking About the Unthinkable in Ukraine. What Happens if Putin Goes Nuclear?, in: „Foreign Affairs“, 4.7.2022.

schlaggebend. Umso wichtiger ist es jetzt, deutsche Alleingänge zu vermeiden und (Bündnis-)Disziplin zu üben, um eine weitere Eskalation zu verhindern. Dazu gehört auch, keine Waffen zu liefern, welche die USA nicht liefern, insbesondere keine weitreichenden Raketen und keine Kampfpanzer. „In Deutschland hat man sich in den vergangenen Wochen [...] noch einmal eine oft erstaunlich leichtfertige Debatte über die Lieferung von Kampfpanzern geleistet.“¹⁵ Es ist gut, dass derlei strategisch kurzsichtige, aber moralisch hoch aufgeladene Debatten bisher keine Wirkung auf die Bundesregierung hatten.

Dritte Option: Zerstörung ziviler Infrastruktur

Putins dritte Option besteht in der Zerstörung der zivilen Infrastruktur der Ukraine und der Vertreibung der Bevölkerung. Nach dem Genfer Abkommen, Zusatzprotokoll I, ist das ein Kriegsverbrechen. Ab dem 10. Oktober griffen die russischen Streitkräfte wiederholt Infrastruktur- und andere zivile Ziele in zahlreichen ukrainischen Städten an. Dabei kamen Cruise Missiles, abgeschossen von strategischen Bombern und Kriegsschiffen, Iskander-Kurzstreckenraketen und iranische Drohnen zum Einsatz. Obwohl die ukrainische Luftabwehr einen guten Teil dieser Flugkörper abfangen konnte, wurden etwa 30 Prozent der ukrainischen Energieinfrastruktur beschädigt, in mehreren Städten kam es zu Strom- und Wasserausfällen.¹⁶ Das Ziel ist es, die ukrainische Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung zu Beginn von Herbst und Winter so weit wie möglich zu degradieren und die Bevölkerung zu demoralisieren und zu vertreiben. Kälte und Dunkelheit könnten eine neue Fluchtwelle gen Westen auslösen, die zusammen mit dem russischen Gas-Lieferstopp den Druck auf die EU-Staaten erhöhen würde, ihre Unterstützung der Ukraine einzustellen und einem „faulen“ Waffenstillstand zuzustimmen. Dazu kommt, dass die russischen Behörden nach eigenen Angaben mehrere Tausend Kinder aus dem Oblast Cherson in andere Regionen Russlands deportiert haben. Dies trägt Züge ethnischer Säuberung, genau wie das Vorhaben, das wiederaufzubauende Mariupol mit Zehntausenden von Russen zu besiedeln.¹⁷

Es ist dringend erforderlich, dass sich Deutschland und die EU auf eine neue Flüchtlingswelle aus der Ukraine vorbereiten, bevor diese beginnt. Wichtig ist auch, dass Deutschland die erste der vier versprochenen Feuer-einheiten des integrierten Luftverteidigungssystems IRIS T SLM (Infra Red Imaging System Tail / Thrust Vector-Controlled / Surface Launched Medium Range) geliefert hat, das Flugzeuge, Hubschrauber und Raketen abwehren

15 Nikolas Busse, Das nukleare Risiko steigt, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), 28.9.2022.

16 Vgl. Kateryna Stepanenko, George Barros u.a., a.a.O.; Karolina Hird, George Barros u.a., Russian Offensive Campaign Assessment, Institute for the Study of War, www.understandingwar.org, 11.10.2022; Gerhard Gnauck, Robert Putzbach und Friedrich Schmidt, Raketenangriffe im ganzen Land, in: FAZ, 11.10.2022.

17 Vgl. Karolina Hird, Riley Bailey u.a., Russian Offensive Campaign Assessment, Institute for the Study of War, www.understandingwar.org, 15.10.2022.

kann. Eine Feuereinheit mit vier Abschussgeräten kann etwa 10000 km² schützen, also einen ganzen großstädtischen Ballungsraum.¹⁸ Die USA wollen die ukrainischen Streitkräfte mit dem vergleichbaren NASAMS-System (Norwegian Advanced Surface to Air Missile System) ausstatten.¹⁹

Vierte Option: Hybride Kriegsführung

Eine völlig neue Dimension hybrider Kriegsführung – das ist Option 4 – und zwar gegen zivile Infrastrukturen, eröffnete sich mit der Sprengung der Pipelines Nordstream 1 und 2 an vier Punkten Ende September 2022. Während schnell klar war, dass es sich um einen Sabotageakt handelt, der in dieser Dimension nur von Staaten ausgeführt werden kann, blieb die Urhebererschaft unklar. Westliche Regierungen hielten sich bedeckt, der Kreml wies jedoch rasch „angelsächsischen“ (Putin) Akteuren die Schuld zu. „Aber diese Anschuldigung wies auch darauf hin, dass Russland sich nun berechtigt fühlte, in gleicher Weise zu antworten, also faktisch westliche Pipelines mit Sabotage zu bedrohen.“²⁰

Für sich betrachtet wirkt keine von Putins Optionen besonders vielversprechend. Zusammengenommen und aus der Sicht eines Autokraten, der mit dem Rücken zur Wand steht und weiß, dass die Alternative zu einem wie immer gearteten „Sieg“ der eigene Untergang sein könnte, mag das allerdings anders erscheinen. Deshalb wird es auf mittlere Sicht darauf ankommen, politische Lösungsoptionen zu entwickeln. Nur weiß derzeit niemand, wie diese aussehen könnten. Die Minimalziele der beiden Seiten, Rückeroberung der Ostukraine vs. deren Eingliederung in Russland, schließen sich aus.

Erschwerend für Russland kommt aber noch ein weiteres hinzu: Putins Krieg gegen die Ukraine führt dazu, dass sein Einfluss im Kaukasus und in Zentralasien rapide schwindet und damit auch die Wirkungskraft der von Russland geführten Organisation des „Vertrags über kollektive Sicherheit“ (OVKS). Am 13./14. September 2022 lieferten sich armenische und aserbaidische Einheiten heftige Gefechte, rund 200 Soldaten starben. Während dies für Armenien ein Fall für den Einsatz von OVKS-Streitkräften gewesen wäre, schickte die Organisation lediglich eine Beobachtermission. Putin muss Rücksicht auf Aserbaidischans Paten, den türkischen Präsidenten Erdoğan nehmen, den er im Ukrainecontext braucht. Auch im Falle der kirgisch-tadschikischen Zusammenstöße mit Dutzenden von Toten wenig später konnte sich die OVKS lediglich zu Friedensappellen aufrufen.²¹ Besonders demütigend muss es für Russland gewesen sein, dass China am Rande des Gipfeltreffens der Schanghai-Kooperationsorganisation Mitte September ein Abkommen mit Kirgisistan und Usbekistan unterzeichnete, das den Bau

18 Vgl. Stefan Nitschke, GBAD. Fähigkeitszuwachs für die bodengebundene Luftverteidigung in Deutschland und Europa, in: „Wehrtechnik“, II/2022, S. 61f.

19 Vgl. Noch wichtiger als Kampfpanzer, in: FAZ, 12.10.2022.

20 Alexander Baunov, Putin told us what he is planning, in: „New York Times“, 4.10.2022.

21 Vgl. zu diesem Absatz: Roland Bathon und Ruslan Suleimanov, Russlands Schwäche: Machtvakuum im Kaukasus, in: „Blätter“, 10/2022, S. 15-18.

einer neuen Eisenbahnlinie nach Europa vorsieht, die nicht durch Russland führt.²²

Dazu kommt, dass Kasachstan, das sich deutlich von Putins Ukraine-Krieg distanziert hat, zunehmend unter dem Schutz Chinas steht. Bei einem bilateralen Treffen am 13. September sicherte der chinesische Präsident Xi Jinping seinem kasachischen Kollegen Kassym-Jomart Tokajew die „unerschütterliche Unterstützung“ Chinas für die Sicherung der „Souveränität, Sicherheit und territorialen Integrität“²³ Kasachstans zu.

Chinesisch-indische Distanzierungen

Die geschwächte Position Russlands gegenüber seinen Hauptunterstützern China und Indien wurde auch beim Gipfeltreffen der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) Mitte September 2022 in Samarkand (Usbekistan) deutlich. Fast schon defensiv wandte sich Putin an Xi: „Wir schätzen die ausgewogene Position unserer chinesischen Freunde im Zusammenhang mit der Ukrainekrise. Wir verstehen ihre Fragen und ihre Besorgnisse in dieser Hinsicht.“²⁴ Xi antwortete, ohne die Ukraine auch nur zu erwähnen: „Angesichts der gewaltigen globalen Veränderungen, die man in der Vergangenheit niemals gesehen hat, sind wir bereit, mit unseren russischen Kollegen daran zu arbeiten, die Verantwortung großer Mächte zu demonstrieren.“²⁵ Zwar sind auch aus chinesischer Sicht die USA die Verursacher des Ukrainekrieges. Dennoch gab China keine explizite Unterstützungserklärung für Russlands Krieg gegen die Ukraine ab. Noch deutlicher fiel der Hinweis des indischen Ministerpräsidenten Modi aus: „Ich weiß, dass die heutige Zeit nicht die des Krieges ist, und wir haben niemals am Telefon darüber gesprochen, dass Demokratie, Diplomatie und Dialog die Dinge sind, die die Welt berühren.“²⁶ China und Indien kaufen gerne billiges russisches Öl und Gas und arbeiten auf allgemeiner Ebene mit Russland zusammen. Aber eine explizite Unterstützung der russischen Aggression gegenüber der Ukraine ist ebenso wenig zu vernehmen, wie ein Unterlaufen der westlichen Sanktionen gegen Russland zu beobachten ist. Beide Staaten haben es aber bisher unterlassen – und dies wäre ein entscheidender Schritt –, Russland öffentlich vor einem Einsatz von Atomwaffen zu warnen. Nach den russischen Luftangriffen Mitte Oktober haben China und Indien jedoch zu Deeskalation und Diplomatie aufgerufen.

22 Vgl. Andrew Higgins, Russia's grip on its old Soviet realm is slackening, in: „New York Times“, 11.10.2022.

23 Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China, Xi Jinping, President of the People's Republic of China, Build on the Past to Make Greater Strides in China-Kazakhstan Relations, www.fmprc.gov.cn/mfa_eng, 13.9.2022.

24 President of Russia, Meeting with PRC President Xi Jinping. Vladimir Putin and President of the People's Republic of China Xi Jinping held bilateral talks on the sidelines of the SCO Summit in Samarkand, en.kremlin.ru, 15.9.2022.

25 Ebd.

26 Government of India, Ministry of External Affairs, English Translation of opening remarks by Prime Minister Shri Narendra Modi at the bilateral meeting with President of Russia, www.mea.gov.in, 16.9.2022.

All das zeigt: Der Ukraine Konflikt ist nicht isoliert und schon gar nicht allein militärisch lösbar. Aber auch eine politische Lösung ist mit einer Reihe nur schwer auflösbarer Dilemmata konfrontiert und wird zudem von der globalen Herrschaftskonkurrenz zwischen China und dem Westen berührt. Dabei ist der Kampf um die Positionen der großen Schwellenländer – Brasilien, China, Indien, Indonesien, Südafrika – entscheidend; drei dieser Staaten haben sich in der UN-Generalversammlung bei der Abstimmung über die Resolution zur Verteilung der „Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine“ am 2. März 2022 der Stimme enthalten, insgesamt stimmten 141 Staaten zu, dagegen stimmten fünf (Belarus, Eritrea, Nordkorea, Russland, Syrien), 35 enthielten sich.²⁷ Bei einer neuerlichen Abstimmung am 12. Oktober verurteilten 143 Staaten die Annexionen durch Moskau, 35 enthielten sich, die fünf Gegenstimmen kamen diesmal von Belarus, Nicaragua, Nordkorea, Russland und Syrien.²⁸

Das bedeutet aber auch, dass die Blöcke fest gefügt sind und sich am Kräfteverhältnis seit März nichts geändert hat. Und schließlich dürfen alle Kämpfe um Macht und Herrschaft die letztlich entscheidenden Anstrengungen um eine rasche Energietransformation zur Stabilisierung des Weltklimas nicht in den Hintergrund treten lassen. Jede konstruktive Politik ist damit zu einem Mehrebenenspiel nie gekannter Komplexität geworden. Auf einige davon soll im Folgenden eingegangen werden.

Ein lange andauernder Krieg auf mehreren Ebenen

Das Agieren führender Nato-Staaten zeigt, dass man sich bereits auf einen langen Krieg einstellt. So will Deutschland zusammen mit Dänemark und Norwegen der Ukraine 16 slowakische Radhaubitzen des Typs Zuzana 2 liefern, die erst noch gebaut werden müssen und ab 2023 geliefert werden sollen.²⁹ Eine Lieferung von HIMARS-Raketenwerfern bereiten die USA vor. In dieselbe Richtung deutet, dass die USA die Ad-hoc-Gruppe, die bisher die Waffenlieferungen an die Ukraine koordinierte, verstetigt und institutionalisiert.³⁰ Ein derartiger Kurs muss aber auch innenpolitisch mitgetragen werden. Bisher haben in den USA nur einige wenige Abgeordnete, ausschließlich Republikaner, gegen die Militärhilfepakete für die Ukraine gestimmt. Das muss ebenso wenig so bleiben wie die bisher weithin ungebrochene Unterstützung in Europa.

Eine Verhandlungslösung, die derzeit so gut wie ausgeschlossen ist, ist auch grundsätzlich mit einer Reihe von Schwierigkeiten konfrontiert. Das beginnt mit der Frage, wer über Zeitpunkt und Inhalt von Verhandlungen entscheidet. Nach offizieller westlicher Lesart ist dies ausschließlich die Ukraine. Dem widerspricht, dass die Ukraine nur mit westlicher Unterstüt-

27 Vgl. Wolfgang Zellner, Krieg bis zur Erschöpfung? Warum wir eine langfristige Strategie gegenüber Russland brauchen, in: „Blätter“, 6/2022, S. 61-68.

28 Vgl. Ein überraschend klares Zeichen an Wladimir Putin, in: FAZ, 14.10.2022.

29 Vgl. Slowakische Haubitzen für die Ukraine, in: FAZ, 4.10.2022.

30 Vgl. Eric Schmitt, U.S. sets up for a long haul in Ukraine, in: „New York Times“, 1./2.10.2022.

zung weiterkämpfen kann. Weiter ist zu fragen, wie lange die USA und die Europäer auch in Krisenzeiten bereit sind, zusätzliche Lasten zu tragen. Und drittens stellt sich die Frage des wachsenden nuklearen Risikos, die in den USA offener diskutiert wird als hierzulande. „Amerikas Unterstützung für die Ukraine ist gut und wichtig, aber es gibt einen Punkt, an dem die Ziele der Ukraine und Amerikas Interessen auseinanderlaufen könnten, und die Kombination ukrainischer Durchbrüche und russischer Nukleardrohungen bringt uns näher an diesen Punkt als zuvor – den Punkt, an dem die Ukrainer das volle Programm durchziehen wollen, und wir Verhandlungen und Zurückhaltung einfordern“, heißt es in der „New York Times“.³¹

Und schließlich sind die Positionen der beiden kriegsführenden Seiten völlig unvereinbar – Russland besteht auf der Annexion der vier Oblaste, genauer: auf deren dauerhafter Eingliederung in das russische Territorium, die Ukraine will deren Befreiung. Zudem hat die Ukraine erklärt, nicht verhandeln zu wollen, solange die Annektierungen gelten und Putin russischer Präsident ist. Dennoch wird es irgendwann eine Verhandlungslösung geben. Womöglich wird sich dies aber nur als Übergang zu einer neuen Runde des Konflikts darstellen, denn, so Alexej Nawalnyj, das „Russland nach dem Krieg ist ebenso wie das Russland nach Putin dazu verdammt, immer wieder aggressiv und putinistisch zu werden. Das ist nach dem jetzigen Entwicklungsparadigma des Landes unausweichlich.“³² Eine demokratische Transformation Russlands liegt aber in weiter Ferne.

Der Kampf um die Schwellen- und Entwicklungsländer

Insofern bleibt der Kampf um die Schwellen- und Entwicklungsländer von zentraler Bedeutung – und zwar nicht nur hinsichtlich der Ukraine, sondern auch für die Lösung der globalen Probleme. Unter diesen Staaten gibt es erhebliche Vorbehalte gegenüber einer Zusammenarbeit mit dem Westen und insbesondere den USA. Das ist auch kein Wunder angesichts jahrzehntelanger westlicher postkolonialer Arroganz, die sich in einer Reihe von Ländern – Chile, Vietnam, Afghanistan, Irak, Libyen – konkret niedergeschlagen hat. Dazu kommt, dass die Sowjetunion und Russland zu wichtigen Schwellenländern jahrzehntelange Kooperationsbeziehungen unterhalten haben. So stammten 1991 so gut wie alle indischen Waffen aus der Sowjetunion/Russland, auch gegenwärtig sind es noch 60 bis 70 Prozent.³³ Und es war die Sowjetunion, die den südafrikanischen African National Congress (ANC) im Kampf gegen die Apartheid unterstützte. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Für Deutschland kommt hinzu, dass sich Außenpolitik bis in die jüngste Vergangenheit hinein auf die EU (Kern), die USA (Sicherheit), Russland

31 Ross Douthat, Assessing Putin and his threats, in: „New York Times“, 27.9.2022.

32 Alexej Nawalnyj, Wie Putin besiegt werden kann. Nur der Übergang zu einer parlamentarischen Republik kann verhindern, dass das Russland nach Putin wieder ein putinistisches Russland wird, in: „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, 2.10.2022.

33 Vgl. Andreas Babst, Indien enthält sich: Wieso die weltgrößte Demokratie im Ukrainekrieg den Westen verärgert, in: „Neue Zürcher Zeitung“, 7.3.2022.

(Rohstoffe) und China (Absatz) konzentrierte, während der Rest der Welt ungeachtet von „Strategien“ und „Rahmenplänen“ im Wesentlichen vernachlässigt wurde. Eine solche nicht-globale Außenpolitik wird in Zukunft noch deutlicher scheitern als bisher, im Falle der Ukraine trug sie zu der nur lückenhaften Verurteilung der russischen Aggression durch die Schwellenländer bei. Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Erarbeitung einer nationalen Sicherheitsstrategie bietet nun die Chance, ein strategisches Herangehen zu erarbeiten, das sich nicht nur nicht auf die klassische Sicherheits- und Militärpolitik beschränkt, sondern auch über das hinausgeht, was man üblicherweise unter Außenpolitik versteht. Energie-, Klima-, Ressourcen- und Entwicklungspolitik müssen genauso Elemente einer nationalen Sicherheitsstrategie sein wie Außen- und Sicherheitspolitik.

Es gilt, die entstehenden Lasten in Deutschland gerecht zu verteilen

Von entscheidender Bedeutung ist, die aktuelle Krisen- und Sicherheitspolitik mit den längerfristigen Perspektiven der Klima- und Ressourcenpolitik zu verbinden. Kurzfristig führt die Abschaltung der russischen Gasimporte dazu, dass mehr Flüssiggas (LNG) importiert werden muss und Atom- und Kohlekraftwerke länger laufen müssen. Längerfristig aber bietet die abrupte Beendigung des Imports fossiler Energieträger aus Russland die Chance, den Umstieg auf erneuerbare Energien sehr viel schneller zu schaffen. Eine Chance wohlgermerkt, die bewusst genutzt werden muss und die keinerlei Automatismus beinhaltet. Ein gutes Signal in diesem Zusammenhang ist, dass der Energie-Multi RWE in Absprache mit dem Bund und Nordrhein-Westfalen den Kohleausstieg von 2038 auf 2030 vorziehen will.³⁴

Bei alledem wird es innenpolitisch entscheidend darauf ankommen, dass die wirtschaftlichen Lasten, die mit der Energietransformation notwendig verbunden sind, sozial gerecht verteilt werden. Geschieht das nicht, wäre nicht nur der Umstieg auf erneuerbare Energien, sondern auch die westliche Ukrainepolitik gefährdet. Die neuerlichen Demonstrationen in den östlichen Bundesländern gegen die Russland-Sanktionen und für den Kauf russischer Rohstoffe sind in dieser Hinsicht ein Warnzeichen.

So hängt zwar nicht alles mit allem zusammen, aber doch vieles mit vielem. Um eine solche Politik quer zu Ressortgrenzen gestalten zu können, bedarf es wahrscheinlich neuer Instrumente. Damit ist allerdings weniger ein Nationaler Sicherheitsrat gemeint, der ja wiederum nur innerhalb der Grenzen klassischer Außen- und Sicherheitspolitik agieren würde, sondern eine weit grundsätzlichere Planungsinstitution, die alle relevanten Politikfelder umfasst.

34 Vgl. Der neue Kohleausstieg, in: „Handelsblatt“, 5.10.2022.